

Sitzungsvorlage

Gremium: Verwaltungs- und Finanzausschuss
Am: 21.01.2021

Betreff:

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Grüne/Linke und SPD zum Thema "Sicherer Hafen"

Anlage(n):

Mitzeichnung

Anlage 1: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Grüne/Linke und SPD zum Thema „Sicherer Hafen 2020“

Anlage 2: Seebrücke Forderungen Sicherer Hafen

Anlage 3: Beantwortung der Fragen aus dem VFA vom 15.10.20 durch die antragstellenden Fraktionen

Beschlussvorschlag:

Über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen Grüne/Linke und SPD abzustimmen.

Beratungsfolge:

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungsdatum	Beschluss
Verwaltungs- und Finanzausschuss	Vorberatung	öffentlich	21.01.2021	
Gemeinderat	Beschlussfassung	öffentlich	28.01.2021	
Verwaltungs- und Finanzausschuss	Vorberatung	öffentlich	11.03.2021	
Gemeinderat	Beschlussfassung	öffentlich	25.03.2021	

Haushaltsrechtliche Deckung

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt

Deckungsvorschlag:

Entfällt

Sachdarstellung und Begründung:

Migration und Integration ist eine der zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart und betrifft alle politische Entscheidungsträger sowie gesellschaftliche Akteure. Insbesondere die fluchtbedingte Migration nach Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren zu einem viel und umstritten diskutierten Kernthema des gesamtgesellschaftlichen Diskurses entwickelt. Trotz des nach 2016 erfolgten Rückgangs der Anzahl der gestellten Asylanträge ist das Thema der Migration durch Flucht weiterhin von hoher Aktualität, nicht zuletzt, weil die Integration und gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten eine Aufgabe ist, die jahrzehntelange Bemühungen sowohl der Zugewanderten, als auch der Aufnahmegesellschaft erfordert. Den mit der Aufnahme von Geflüchteten verbundenen Herausforderungen haben sich Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auch in Kornwestheim stets mit großem Engagement gestellt.

Im Rahmen der letztjährigen Interkulturellen Woche fanden mehrere Veranstaltungen zu diesen Themen statt. Unter anderem war auch eine Abendvorstellung eines Seenotretters der Initiative Seebrücke dabei, der über seine ehrenamtlich Arbeit auf dem Mittelmeer berichtete.

Nun wurde mit Schreiben vom 10.9.2020 ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen Grüne/Linke und SPD gestellt, dass die Stadt Kornwestheim der „Initiative Seebrücke – schafft sichere Häfen“ beitreten soll. Den dafür vorliegenden Antrag finden Sie im Anhang.

Hintergrundinformationen zur „Initiative Seebrücke“

Die „Initiative Seebrücke – schafft sichere Häfen“ wurde im Juli 2018 gegründet. Die Initiative stellt sich "gegen die Abschottungspolitik Europas und leistet selbst einen Beitrag, um mehr Menschen ein sicheres Ankommen zu ermöglichen"¹. Dabei fordert sie die deutsche und europäische Politik auf, sichere Fluchtwege zu schaffen, die Seenotrettung zu entkriminalisieren und den geflohenen Menschen eine menschenwürdige Aufnahme zu ermöglichen. Hierbei engagieren sich Bürger sowie Städte, Gemeinden und Kommunen.

Dies spiegelt sich auch in den drei Schwerpunkten der Initiative wieder:

a. Seebrücke

Die zivilgesellschaftliche Bewegung setzt sich aus örtlichen Gruppen zusammen. Diese stellen konkrete Forderungen an die kommunale Verwaltung ihres Ortes, sich zu einem Sicheren Hafen zu erklären und das vorhandene Unterstützungsprogramm für Schutzsuchende anzupassen und auszuweiten.

b. Sichere Häfen

Kommunen können sich als sichere Häfen aufführen lassen, wenn sie mindestens eine von acht Forderungen der Initiative erfüllen. Auf die gesamten Forderungen wird im weiteren Verlauf Bezug genommen.

¹ <https://seebruecke.org/sichere-haefen/sichere-haefen/> Stand: 24.9.2020

c. Bündnis Städte sicherer Häfen

Die Kommunen, die sich als Sicherer Hafen erklärt haben, können sich dem Bündnis Städte sicherer Häfen anschließen. Diese verpflichten sich, aus Seenot Gerettete über die gesetzliche Quote zusätzlich aufzunehmen. Zudem fordern sie die Bundesregierung und den Bundesinnenminister auf, Zusagen zur direkten Aufnahme der Geflüchteten zu erteilen.

Grundlage für die Kommunen, um als Sicherer Hafen zu gelten, ist die Erfüllung mindestens eines der Anforderungen der „Initiative Seebrücke“. Diese lauten zusammengefasst:

1. Öffentliche Solidaritätserklärung

- Öffentliche Solidaritätserklärung der Kommune mit Menschen auf der Flucht und den Zielen der Initiative für eine sichere und menschwürdige Migrationspolitik.

2. Aktive Unterstützung der Seenotrettung

- Die Kommune positioniert sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung in jeglicher Form. Um die Seenotrettung aktiv zu unterstützen, wird die Übernahme bzw. Beteiligung an einer Patenschaft für ein ziviles Seenotrettungsschiff sowie die finanzielle Unterstützung von Rettungsschiffen angemerkt.

3. Aufnahme zusätzlich zur Quote

- Die Kommune geht ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres und Sport, dem BAMF und dem Bundesland ein. Darin erklärt sich die Kommune zur zusätzlichen Aufnahme von Schutzsuchenden bereit. Diese werden zusätzlich zur offiziellen Verteilungsquote durch den Königsteiner Schlüssel und dem länderspezifischen Verteilungssystem zugewiesen.

4. Aufnahmeprogramme unterstützen

- Die Kommune formuliert eine Aufforderung an die Landesregierung, in dem sie ein eigenes Aufnahmeprogramm für das Bundesland fordert. Somit geht die Aufnahme, Verteilung und Versorgung in die Zuständigkeit des einzelnen Bundeslandes über. Gleichzeitig soll die Aufnahmequote des Bundeslandes angehoben werden und die Verteilung von Aufenthalts- und Niederlassungserlaubnissen für sog. „Resettlement-Flüchtlinge“ erleichtert werden. Hierfür erklärt sich die Kommune gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung bereit, eine entsprechende Anzahl an zusätzlichen Aufnahmeplätzen zur Verfügung zu stellen.

5. Kommunales Ankommen gewährleisten

- Für die aus Seenot Geretteten werden die notwendigen Ressourcen für die Bereiche Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung bereitgestellt.

6. Nationale und europäische Vernetzung

- Engagement und Einsatz der Kommune auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene, um eine Umsetzung der benannten Forderungen zu erreichen.

7. Bündnis Sichere Häfen

- Mitwirkung bei der Gründung eines europaweiten Bündnisses aller Sicherer Häfen, die sich an der aktiven Gestaltung einer europäischen Migrationspolitik beteiligt.

8. Transparenz

- Die unternommenen Handlungsschritte zur Gestaltung eines sicheren Hafens und der Forderung nach einer menschenrechtskonformen Migrationspolitik werden transparent für die Bevölkerung dargestellt.

Die Forderungen der „Initiative Seebrücke“ sind unter folgendem Link im Original einsehbar: https://seebruecke.org/wp-content/uploads/2019/10/SEEBR%C3%9CCKE-Forderungen_Sicherer-Hafen_Stand_Oktober-2019.pdf (Stand: 24.09.2020)

Aktuelle Situation der Anschlussunterbringung in Kornwestheim

Mit Stand 30.09.2020 sind in den Unterkünften der Stadt 200 Personen im Rahmen der Anschlussunterbringung eingewiesen. Weitere fünf Personen werden Ende Oktober aufgenommen. Die Aufnahmequote für das Jahr 2020 ist damit erfüllt. Aus dem Kontingent des Vorjahres sind jedoch noch 36 Personen aufzunehmen. Insgesamt konnten in 2020 bereits 64 Flüchtlinge aufgenommen werden. Die Personen verteilen sich auf die städtischen Unterkünfte wie folgt:

Stuttgarter Straße 210:	12 Personen
Stuttgarter Straße 210/1:	19 Personen
Adlerstraße 17/1:	09 Personen
Oberer Klingelbrunnen 53:	- Personen
Pflugfelder Straße 45:	07 Personen
Unterer Klingelbrunnen 25:	09 Personen
Jakobstraße 16:	04 Personen
Unterer Klingelbrunnen 18:	05 Personen
Bolzstraße 31:	04 Personen
Werner-Heisenberg-Str. 27:	63 Personen
Heinkelstraße 12:	19 Personen
Villeneuvestr. 92:	49 Personen

Es gibt aktuell lediglich kleinere freie Kapazitäten in den angemieteten Wohnungen. Die sukzessive Renovierung der Zimmer in der Unterkunft Villeneuvestraße 92 ermöglicht sukzessive die Quotenerfüllung und soll mittelfristig den Abbau einer der beiden Containeranlagen ermöglichen.

Empfehlung der Verwaltung:

Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Kornwestheim sowie der Gemeinderat und die Stadtverwaltung haben in den letzten Jahren gezeigt, dass sie bereit und fähig sind, geflüchtete Menschen aufzunehmen, beim Integrations- und Ankommensprozess zu unterstützen und zu begleiten. Dabei gelten der Dank und die Anerkennung vor allem den vielen Bürgerschaftlich Engagierten, die sich bis heute den Neuzugezogenen annehmen und betreuen.

Die Stadt Kornwestheim kann sich nicht über gesetzliche Rahmenbedingungen (Landes- und Bundesrecht) hinwegsetzen, möchte aber ein essentielles Zeichen für Menschlichkeit, Solidarität und Frieden – im Rahmen der gemeinsamen Grundwerte der EU und BRD – setzen und empfiehlt daher den Antrag der Fraktionen Grüne/Linke und SPD positiv zu beschließen und die Verwaltung mit der Umsetzung zu beauftragen.

Aktueller Stand nach Vorberatung im VFA am 15. Oktober 2020:

In der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 15. Oktober 2020 wurde der Antrag vorberaten. In der Sitzung hat es mehrere Fragen an die antragstellenden Fraktionen gegeben, weshalb die Vorlage ohne Beschlussempfehlung in die Sitzung des Gemeinderates am 22. Oktober 2020 gegeben wurde. Dort wurde sie dann ebenfalls noch einmal vertagt, da die Beantwortung so kurzfristig nicht erfolgen konnte. Inzwischen liegen die Antworten der Fraktionen Grüne/Linke und SPD vor und sind als Anlage 3 beigelegt.